

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE KIRCHEN UND CHRISTEN IN OSTEUROPA

Die österreichische evangelische Kirche sieht sich zu den Schwesterkirchen in den Nachbarländern in einer besonderen Nähe. Das Land, in dem sie existiert, war bis in das 20. Jahrhundert hinein im Rahmen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie mit zahlreichen Ländern Osteuropas direkt verbunden. Dazu gehörte nicht nur Ungarn, dessen Grenzen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nach allen Himmelsrichtungen über die heutige Volksrepublik hinausreichten. Die Monarchie umfaßte Teile des heutigen Italien, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei und das südliche Polen in Gestalt Österreichisch-Schlesiens, des Teschener Landes. Geographisch reicht die Republik Österreich weit in den Raum der osteuropäischen Staaten mit ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung hinein, die meisten unter ihnen Satelliten der Sowjetunion. Genau nördlich von Linz liegt Prag und wenn man die Linie weiter fortsetzt, kommt man nach Stettin (Szczecin). Von Wien nach Teschen oder Kattowitz ist es näher, als von dort nach Warschau. Preßburg liegt vor den Toren Wiens und nach Budapest sind es von Wien rund 250 Kilometer, also 50 Kilometer weniger weit als nach Salzburg. Bis auf den heutigen Tag spiegelt die alte Kaiserstadt Wien manches von der einstigen Pracht wider, die sie als Metropole eines Vielvölkerstaates innehatte. Namen und Menschen, deren Vorfahren einmal ganz woanders beheimatet waren, sind in Wien nichts außergewöhnliches, sondern prägen das Bild der Großstadt, die vor 300 Jahren gleichsam in letzter Minute vor dem Schicksal der Eroberung durch die Türken gerade noch bewahrt werden konnte. Nicht bewahrt werden konnte der staatlich-politische Zusammenhalt einer so gewaltigen Vielfalt von Völkern, Sprachen, Kulturen, Religionen und Konfessionen, wie er in der Monarchie bis in den Ersten Weltkrieg hinein gegeben war. Heute träumen viele davon, die damals für die Loslösung und die Eigenstaatlichkeit kämpften; ja heute spricht manch einer vom Modellcharakter, den die Monarchie für die Vision eines vereinten Europas gehabt hat. Man müßte blind sein, wollte man die Augen davor verschließen, daß das Leben im Verbund mit Österreich sich anders gestalten ließ, als im Verbund kommunistischer Hegemonie östlicher Provenienz.

Die kleine Republik Österreich mit 83 000 Quadratkilometern nur rund ein Drittel der Fläche Westdeutschlands umfassend, hat sich im Staatsvertrag

1955 zu immerwährender Neutralität verpflichtet. Diese Tatsache ist nicht nur ernst zu nehmen, sondern bietet gleichzeitig besondere Chancen, vor allem wenn man die günstigeren Begegnungsmöglichkeiten zwischen Ost und West ins Auge faßt. Das gilt nicht nur für den politischen, sondern ebenso auch für den kirchlichen Bereich. An verschiedenen Konferenzen, Tagungen, Konsultationen nehmen regelmäßig kirchliche Vertreter aus den osteuropäischen Staaten teil. Für die konfessionellen Weltbünde und andere ökumenische Aktivitäten verbilligen sich solche Arbeitstagungen in Österreich auf Grund seiner geographischen Lage erheblich. Nicht aus purem Zufall hat sich in Wien auch eine beachtliche und beachtete römisch-katholische Aktivität unter der Schirmherrschaft von Kardinal König etabliert und als Stiftung „Pro Oriente“ ein weitgespanntes Netz von Verbindungen zur orientalischen Christenheit des Ostens geschaffen.

Es ist ja hinreichend bekannt, daß die aus Osteuropa Anreisenden ohne jedes finanzielle Polster hier eintreffen und als Gäste jeweils freigehalten werden müssen. Damit ist ein erster Verantwortungsbereich angesprochen, der sich für uns im Blick auf die Kirchen und Christen in Osteuropa auf Grund ihrer gegenwärtigen Situation ergibt. Schlicht und einfach haben wir zu bedenken, was Paulus von der Gliedschaft am Leibe Christi ausgeführt hat: „So ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“, und alle Glieder haben einträchtig füreinander zu sorgen (1. Kor. 12). Er sagt es nicht nur, sondern tut es auch, wie im 2. Korintherbrief nachzulesen ist (8,4) von der „...Gemeinschaft der Handreichung, die da geschieht den Heiligen“, und dann folgt die entscheidende Feststellung des Apostels: „...sie ergaben sich zunächst dem Herrn und danach uns...“ Ich möchte dies sehr unterstreichen, denn Verantwortung für Kirchen und Christen in Osteuropa läßt sich nicht aus Idealismus, gutem Willen oder einer anderen noblen Einstellung heraus wahrnehmen und durchhalten, sondern kann in der Tiefe nur von Menschen bewältigt werden, die sich zuerst Gott ergeben haben, um hernach im Hören auf sein Wort auch ihr Tun nach seinem Willen auszurichten.

Ich habe Grund, dies zu betonen, weil manche im Westen so geförderten Aktivitäten andere Gesichtspunkte vertreten, etwa rein völkisch-nationale oder auch christlich verbrämte Ideologien, die weder den Kirchen noch den Christen in Osteuropa nützen, ja ihren Dienst erheblich erschweren können, zu dem sie der Herr der Kirche dort nicht weniger berufen hat wie hier bei uns. Wir haben es in Osteuropa in keiner Weise mit unterentwickelten Christen zu tun, sondern immer und überall mit Schwestern und Brüdern, die freilich in einer anderen Situation zu leben haben und an äußeren Gütern durchweg nicht annähernd das aufzuweisen haben, womit man im Westen rechnen kann. Echte Partnerschaft ist freilich nur dann möglich, wenn wir uns gegenseitig in unserer Gebundenheit an Gottes Wort ernst

nehmen und die Situation kennen, die uns jeweils umgibt. Man kann auch mit gutgemeinter Hilfe Schaden anrichten, wenn man nichts weiß von den Verhältnissen, in denen man helfen möchte, und aus Unwissenheit Bestimmungen außer acht läßt, die zwar bei uns nicht existieren, aber in Osteuropa gelten und verbindlich sind. Das fängt an den Grenzen mit unterschiedlichen Zollvorschriften an und setzt sich innerhalb der Länder mit bestimmten Vorschriften fort, die speziell für die Kirchen von Bedeutung sind und den Rahmen ihrer Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten abstecken.

Wengleich es sich bei uns eingebürgert hat, unter Osteuropa vornehmlich die unter kommunistischer Herrschaft stehenden Ostblockstaaten zu verstehen, die nicht unbedeutende Gemeinsamkeiten aufweisen, so gibt es innerhalb der einzelnen Hoheitsgebiete eine so große Vielfalt im Verhalten den Kirchen gegenüber, daß man zu sehr unterschiedlichen Folgerungen hinsichtlich der Situationsbeurteilung der kleinen und größeren und untereinander nicht weniger pluralistischen evangelischen Diasporakirchen in den Ländern Osteuropas kommen kann.

Gemeinsam ist allen Minderheitskirchen Osteuropas ihre Existenz innerhalb politischer Gegebenheiten und einer Gesellschaftsordnung, die vom Marxismus bestimmt sind und geprägt werden. Was bedeutet das? Ruft man sich die Aussagen der Religionskritik von Karl Marx ins Gedächtnis, nicht nur die allgemein bekannte Formel von der „Religion als Opium für das Volk“, sondern etwa einen Satz wie: „Dann erst ist der Mensch frei, wenn er sich dessen bewußt geworden ist, daß er sich keinem anderen als sich selbst zu verdanken hat“, dann wird deutlich, daß Gott im Denken eines Marxisten und im Horizont des dialektischen Materialismus keinen Platz hat und eine ihn verkündende Kirche als überflüssig angesehen wird. Sie muß in einer marxistischen Gesellschaft als Relikt einer vergangenen Epoche der Menschheitsgeschichte gesehen werden, das zum Absterben verurteilt ist. Im ersten Kapitel des Werkes „Die deutsche Ideologie“ von Marx und Engels heißt es: „Die Beseitigung dieser (religiösen) Vorstellungen aus dem Bewußtsein des Menschen wird durch veränderte Umstände, nicht durch theoretische Deduktionen bewerkstelligt.“ Freilich gehen schon darüber die Meinungen stark auseinander, ob der Prozeß der Glaubensliquidierung beschleunigt werden kann und soll und welches die geeignetsten Mittel und Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sind. Mit anderen Worten: Ist die Ausrottung des Aberglaubens Voraussetzung für die Etablierung einer neuen Gesellschaft oder führt das Entstehen der neuen marxistisch-kommunistischen Gesellschaft sozusagen automatisch das Absterben der Religion folgerichtig herbei? Die Unsicherheit in der Beantwortung dieser Frage führte in der nunmehr sieben Jahrzehnte währenden Geschichte seit der Oktoberrevolution in Rußland zu sehr verschiedenen Vorgangsweisen gegen die Kirchen

und jedwede Religion. Radikalste Verfolgungen wechselten mit Zeiten des Innehaltens, ja Suchens nach einem *modus vivendi*. Eine endgültige Lösung scheint sich immer noch nicht abzuzeichnen. Überblickt man die Situation in den einzelnen osteuropäischen Staaten, dann wird man vielmehr von einer vielfältigen und sehr unterschiedlichen Entwicklung sprechen müssen.

Selbst in der UdSSR sind seit Mitte der sechziger Jahre nonkonformistische Strömungen in der Öffentlichkeit bekanntgeworden, die beharrlich und trotz administrativer Zwangsmaßnahmen gegen ihre Wortführer ihre Ansprüche und Forderungen auf Identitätswahrung gegenüber dem sie einengenden Machtsystem artikulieren. Es sind die Bürgerrechtler unter den Intellektuellen, die als Systemkritiker bekanntgeworden sind, es sind nationale Gruppen der unterdrückten Völker, die gegen eine Russifizierung für ihre ethnischen Gruppen größere Freiheiten reklamieren, wie beispielsweise die Tartaren, aber es sind auch religiöse Gruppierungen, die sich zu Wort melden, mehr Toleranz fordern und ihren Überzeugungen, wenn nicht anders möglich, im sogenannten Samistat Ausdruck verleihen, einer inoffiziellen Art der Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen im und aus dem Untergrund unter Inkaufnahme erheblicher Risiken.

Darüberhinaus wird man nicht außer acht lassen dürfen, daß die Menschenrechte heute zum Thema weltweiter Diskussionen geworden sind, und sowohl auf Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen als auch auf den Nachfolgekongressen der KSZE von Helsinki verhandelt werden.

In der heutigen Volksrepublik Polen stehen sich Staat und römisch-katholische Kirche als zwei Machtblöcke gegenüber, wobei keiner vom anderen genau weiß, wie die eigentlichen Kräfteverhältnisse wären, wenn es hart auf hart käme. Darum wird eine offene Auseinandersetzung vermieden. In Ungarn kann von einer weitgehenden Abklärung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat gesprochen werden, zum Teil von einer aktiven Mitarbeit der ungarischen Kirchen beim Auf- und Ausbau der sozialistischen Gesellschaft. Dabei wird immer betont, daß der Kirche eine Anerkennung der marxistischen Ideologie des Staates weder möglich ist noch zugemutet wird. Ihr Engagement für die Gesellschaft gründet einzig und allein in der vom Evangelium gebotenen Dienstpflicht des Christen gegenüber seinem Mitmenschen. Ein derart weitgediehenes Arrangement zwischen Staat und Kirche findet sich in anderen Ostblockstaaten so nicht. Ob aber von den Erfahrungen der ungarischen kommunistischen Partei mit ihrer auf Zusammenarbeit mit den Gläubigen ausgerichteten Kirchenpolitik Einflüsse auch auf andere Schwesterparteien im Ostblock zu erwarten sind, läßt sich schwer abschätzen. Als Parteichef János Kádár anlässlich seines Italienaufenthaltes vor einigen Jahren auch Papst Paul VI. einen Besuch abstattete, äußerte er

über das Verhältnis von Staat und Kirche in Ungarn auf die Frage, ob die sozialistischen Länder ihre Politik in kirchlichen Angelegenheiten koordinieren, folgendes: „Ich möchte nicht behaupten, daß sie sie koordinieren, aber sie tauschen von Zeit zu Zeit ihre Erfahrungen aus, denn es geht ja um wichtige gesellschaftliche Fragen. Die sozialistischen Länder interessieren im allgemeinen für die ungarischen Erfahrungen und wir stellen sie ihnen bereitwillig zur Verfügung, aber die Kirche berührende Fragen erledigt jedes Land selbst.“

Staatssekretär Imre Miklos, der Leiter des Amtes für kirchliche Angelegenheiten in der Volksrepublik Ungarn, sagte schon im März 1974: „Da Gläubige und Atheisten heute identische Interessen im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage des nationalen Zusammenhalts haben, verläuft die Trennungslinie nicht mehr zwischen Gläubigen und Vertretern der marxistischen Weltanschauung, sondern zwischen Anhängern und Gegnern des Sozialismus. Dennoch bleiben die weltanschaulichen Gegensätze bestehen, die friedliche Koexistenz kann nicht zur Verschmelzung der Ideologien führen.“

Ähnliche Äußerungen kennen wir auch aus Polen. Karel Hruza, der Leiter des staatlichen Kirchenamtes in der CSSR, sah sich schon im Jahre 1977 veranlaßt, folgendes festzustellen: „Die sozialistische Gesellschaft der CSSR richtet sich ... nach den Grundsätzen Lenins. Sie wurden rechtlich in der Verfassung verankert, in der es im Artikel 32 heißt:

„Die Religionsfreiheit wird verbürgt. Jeder kann sich zum Glauben nach eigener Wahl bekennen oder bekenntnislos sein und religiöse Riten ausüben, sofern sie nicht mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.“

„Religion und Überzeugung berechtigen nicht zur Verweigerung gesetzlich verankerter Bürgerpflichten.“

Die sozialistische Gesellschaft der CSSR verbürgt ... nicht nur Bekenntnisfreiheit, sondern auch die Verpflichtung, die religiösen Bedürfnisse der Gläubigen zu sichern. Der Staat zahlt den Geistlichen ihre Gehälter und verausgabt bedeutende Beträge für Reparaturen und Instandhaltung der Kirchen und kirchlicher Objekte. ... Die Behörden prüfen nicht, ob ein Bürger einer Kirche oder Kirchengemeinschaft angehört, noch ob er bekenntnislos ist. Durch Regierungsverordnung vom 27. 7. 1954 wurde die Evidenz des Religionsbekenntnisses aufgehoben. Von den Bürgern wird in keinem Fall verlangt, den Behörden oder Betrieben Mitteilung über ihr Glaubensbekenntnis zu machen. Eine diesbezügliche Rubrik gibt es in keinem Fragebogen, Ausweis oder sonstigen Dokument. Angehöriger einer Kirche oder Religion ist derjenige, welcher sich mit ihr innerlich verbunden fühlt. Es ist eine freiwillige, rein persönliche Angelegenheit, die kein Gesetz regelt. ... Ebenso wenig darf er aus diesem Grund diskriminiert oder privile-

giert werden. Das Gesetz schützt in gleicher Weise den Gläubigen wie den Atheisten.“

Solche Ausführungen hören sich leider schöner an, als sie durch die tatsächliche Wirklichkeit in der CSSR ihre Deckung und Bestätigung finden.

Die evangelischen Kirchen befinden sich in allen Ländern Osteuropas in einer zahlenmäßigen Minderheit. Ihre Situation kann nicht nur als konfessionelle, sondern muß gleichzeitig auch als ideologische Diaspora beschrieben werden, wozu bei einigen von ihnen auch noch der Aspekt der völkischen Minderheit hinzukommt. Z. B. die Schlesische Kirche A. B. in der CSSR, deren Glieder ursprünglich polnischen Volkstums sind; die Reformierten in der Slowakei, in Jugoslawien und Rumänien, die ungarischen Volkstums und ungarischer Sprache sind, oder die Siebenbürger Sachsen in der Sozialistischen Republik Rumänien, die eine deutschsprachige Minderheit sind. Alle zusammengenommen stellen aber nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtproblems christlicher Diaspora dar. Wird diese Diaspora von der herrschenden Staatsgewalt, die auf allen Gebieten nur ihr eigenes, an der marxistisch-leninistischen Ideologie orientiertes Programm durchzusetzen trachtet und insbesondere die Kirchen in ihrer Diasporasituation aus dem öffentlichen Leben zurückzudrängen und auf eng begrenzte Kulturräume zu beschränken sucht, letzten Endes liquidiert werden? Besteht nach nüchterner Einschätzung der Gegebenheiten noch eine Zukunftschance insbesondere für die evangelische Diaspora? Ein weiteres Moment der Schwächung, das bei einigen Kirchen zunehmend Sorge bereitet, ist die fortwährende Abwanderung von Gemeindegliedern in die Bundesrepublik Deutschland. Besonders betroffen davon sind die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen und die Evangelische Kirche A. B. in der Sozialistischen Republik Rumänien. Bei den Siebenbürger Sachsen in Rumänien erreicht der Schwund besorgniserregende Ausmaße, die in Nordsiebenbürgen schon zum Erlöschen evangelischen Kirchentums und Glaubenslebens in vielen Gemeinden geführt haben. Aber auch ein evangelischer Christ aus Polen formulierte schon: „Die Glocken von Friedland sind das Totengeläut der evangelischen Kirche in Polen.“ Wer den Kontext einer solchen Aussage nicht kennt, kann weder ermessen noch ahnen, welche harte Wirklichkeit evangelischer Diasporaexistenz damit angesprochen ist.

Gibt es Zukunftschancen für die evangelischen Minderheitskirchen und Christen in Osteuropa trotz bedrückender Aspekte innerhalb eines heute so komplexen Erscheinungsbildes, und welches könnte unsere Verantwortung für diese Glaubensgenossen sein? In den meisten Ländern hat sich nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine Art Koexistenz zwischen Kirche und Staat eingependelt, wobei der Staat als dominante Größe den von ihm anerkannten „Kulten“ einen Raum für

ihre Wirk- und Entfaltungsmöglichkeiten genau und ziemlich eng abgesteckt hat. Es läßt sich kaum abschätzen, ob damit ein Dauerzustand erreicht ist oder ob die gegenwärtige Koexistenz nur als Durchgangsphase verstanden werden darf.

Es bleibt letztlich noch ungeklärt, ob der Kommunismus als Fernziel an der Vernichtung des christlichen Glaubens bzw. jedweder Religion festhält oder Korrekturen ideologischer Fehllansätze möglich werden. Etwa eine neue Sicht und Einschätzung christlichen Engagements, das sich keineswegs grundsätzlich gegen eine sozialistische Gesellschaftsordnung richtet oder opponieren muß, vielmehr in ihr einen für alle Menschen positiven Beitrag zu leisten vermag. Wir dürfen keineswegs vergessen, welche Chancen das Vorhandensein von Kirchen und Christen auch in allen osteuropäischen Staaten im Blick auf die notwendige Vertrauensbildung oder Vertrauenserneuerung unter den Völkern darstellt. Sie ist die bedeutsamste und beste Möglichkeit zur Friedenssicherung, die in unseren Tagen mit Recht eine so große Rolle spielt. Sie ist jedenfalls gediegener und zuverlässiger als der einseitige Verzicht auf Nachrüstung oder die beiderseitige Fortsetzung wahn-sinniger Aufrüstung zur Erhaltung eines sogenannten Gleichgewichts der Abschreckung. Die ökumenische Verbundenheit der Kirchen und ihrer Verantwortung füreinander ist ein hoffnungsvoller Brückenschlag auch für die Völker und ihre Regierungen in aller Welt. Hierin liegt auch für uns eine Herausforderung besonderer Art, die uns veranlassen sollte, unsere evangelischen Diasporakirchen in Osteuropa zu ermutigen, dem Wort Gottes zu vertrauen und aus der Kraft des Evangeliums zu leben. Dies können wir überzeugend und vollmächtig aber nur dann, wenn wir uns selbst vom Evangelium getragen und geleitet zu erkennen geben, d. h. wenn auch wir deutlicher als bisher bezeugen, daß wir uns und unser Leben nicht so sehr auf materielle Faktoren und eigene Leistungen abstützen, sondern auf das Vertrauen Gottes, der uns aus Gnade – sola gratia – annimmt, damit wir unsere Kräfte nicht mehr für die Erringung des eigenen Heils einsetzen müssen, sondern frei sind, anderen zu dienen. Die westliche Christenheit ist gerade dieses Zeugnis weithin schuldig geblieben und hat dazu beigetragen, daß viele Christen Osteuropas irre geworden sind. Die Welt des ideologischen Materialismus im Osten sieht sich der Welt des faktischen Materialismus im Westen gegenüber, und die Frage, wo die Anfechtung für die Christen gefährlichere Folgen hat, ist keineswegs schon schlüssig beantwortet. Unsere Verantwortung für die Kirchen und Christen in Osteuropa zielt nicht in erster Linie ab auf Lebensmittelpaketerversand und sonstige Hilfsmaßnahmen, so unerläßlich diese auch sind, sondern erweist sich als notwendige Rückbesinnung auf unsere Glaubensgrundlagen. Mir ist vor Augen geblieben, was ein Amtsbruder in einem osteuropäischen Land sagte, als ich betroffen

seine bescheidenen Lebensverhältnisse und Arbeitsmöglichkeiten wahrnahm und fragte, womit wir ihm am ehesten helfen könnten. „Bleibt dort, wo ihr lebt, so gut evangelisch, wie es nur möglich ist, das ist die beste Hilfe für uns in der Diaspora.“ Diese Antwort machte mich noch betroffener, aber zugleich sehr nachdenklich. Der Mann wußte jedenfalls, daß es auf die entscheidende Verankerung bei Jesus Christus ankommt, der allein – solus Christus – lebensfähige und dauerhafte Bruderschaft hervorbringt, die um Verantwortung in Fürbitte und Dienst aneinander weiß und in der eigenen Lebensausrichtung nicht verleugnet. Im Blick auf die Kirchen und Christen in Osteuropa handelt es sich um eine eminente seelsorgerlich ausgerichtete Verantwortung, die nur der wahrzunehmen vermag, der die Seelsorge Jesu selbst dankbar erfährt.

Wenn ich nun leide, so leide ich nicht allein. Mit mir leiden Christus und alle Christen. So tragen andere meine Last und ihre Kraft ist die meinige.
Martin Luther